

um die Frage, wem welche Ölfelder gehören. Kurzum: Nach dem Ersten Golfkrieg war der Irak pleite und brauchte Geld, die Ölfelder des reichen Nachbarn waren eine verlockende Beute. Mit den zu erwartenden Einnahmen wollte Hussein die irakischen Schulden aus dem Krieg gegen Iran bezahlen und zum „Big Player“ im Ölgeschäft werden.

Weil aber der Irak mit seinem Einmarsch in Kuwait nicht nur das regionale Gleichgewicht bedrohte, sondern auch die globale Energieversorgung, organisierte der amerikanische Präsident George H. W. Bush ein Militärbündnis aus insgesamt 34 Staaten. Mit Ermächtigung der Vereinten Nationen zieht diese Koalition mit der Operation Desert Storm am 16. Januar 1991 gegen den Irak in den Krieg. Das mit Abstand größte Truppenkontingent stellt die USA. Daneben sind auch Großbritannien, Saudi-Arabien, die Türkei, Ägypten, Syrien und Frankreich wichtige Partner. Deutschland hat sich zwar finanziell mit rund siebzehn Milliarden D-Mark am Krieg beteiligt sowie Rüstungsmaterial geschickt, aber keine Soldaten.

Die „Operation Wüstensturm“ dauert nur knapp sechs Wochen. Zuerst bombardieren die alliierten Truppen strategische Ziele in Bagdad und im Rest des Irak. Am 24. Februar marschieren dann alliierte Bodentruppen in Kuwait ein und besetzen das Land.

Die irakischen Soldaten ziehen sich immer weiter zurück und zünden dabei den Großteil der kuwaitischen Ölfelder an. Auch durch die Bombardements der Alliierten werden Ölbrände ausgelöst. Beides führt zu einer Umweltkatastrophe, die bis heute sichtbar ist. Im Süden des Landes liegen die Reste des Teermeeres, und die Bodenschäden durch das ausgelaufene Öl sind größtenteils nicht wieder zu beheben.

Bei ihrem Rückzug werden die irakischen Streitkräfte massiv aus der Luft bombardiert, auch als sie schon zurück auf irakischem Boden sind. Dadurch kommen mutmaßlich mehrere

zehntausend irakische Soldaten ums Leben. Später wird vom ehemaligen US-Justizminister Ramsey Clark und 22 Vertretern aus achtzehn Staaten ein unabhängiges internationales Komitee zur Untersuchung von amerikanischen Kriegsverbrechen einberufen. Sie kommen zu dem Schluss, dass die US-Armee in neunzehn Punkten gegen internationales Recht verstoßen hat, unter anderem wegen des Einsatzes von verbotenen Massenvernichtungswaffen und von uranhaltigen Geschossen.

Vier Tage nach dem Einmarsch der Bodentruppen und einen Tag nach der Eroberung von Kuwait City durch die Alliierten verkündet US-Präsident George H. W. Bush eine Waffenruhe, die auch von Saddam Hussein anerkannt wird. Einen Waffenstillstand gibt es erst am 12. April 1991 – damit ist der Krieg offiziell zu Ende. Saddam Hussein bleibt weitere zwölf Jahre als Diktator an der Macht.

Eine Tatsache, die der damalige ARD-Korrespondent Marcel Pott als klugen Schachzug der Amerikaner bezeichnet. Denn, so Pott im Interview, George H. W. Bush und sein Außenminister James Baker hätten erkannt, dass ein nicht füllbares Vakuum entstanden wäre, hätte man Hussein und sein Regime in Bagdad beseitigt. 2003 sei das zu sehen gewesen, nachdem sein Sohn und Nachfolger im Weißen Haus, George W. Bush, den Diktator hatte festnehmen lassen.

Das Wirtschaftsembargo, das die internationale Staatengemeinschaft gegen den Irak verhängte, wird im Nachhinein häufig kritisiert, weil darunter vor allem die Zivilbevölkerung gelitten habe. Trinkwasser- und Elektrizitätsversorgung, Ölraffinerien, Eisenbahnen, Straßen und Brücken waren während der ersten beiden Golfkriege größtenteils zerstört worden, und es fehlte durch das Wirtschaftsembargo an dem für einen Wiederaufbau nötigen Material.

.....

**LITERATUR:**

*Steven E. Kuhn:* Soldat im Golfkrieg. Vom Kämpfer zum Zweifler. Berlin 2003

*Saul David:* Die größten Fehlschläge der Militärgeschichte. Von der Schlacht im Teutoburger Wald bis zur Operation Desert Storm. München 2006

*Sebastian Bruns:* Via New York nach Bagdad? Die Vereinten Nationen und die Irak-Politik der USA. Baden-Baden 2008

**QR - CODE:**



## **DER AUFSTAND VON SOWETO – 1976**

### *WIE EIN AUFSTAND IN EINEM SÜDAFRIKANISCHEN TOWNSHIP DIE WELT ERSCHÜTTERTE*

Hohe Arbeitslosigkeit und Kriminalität, Probleme im Bildungssystem – Südafrika kämpft bis heute mit den Folgen der Zeit der Apartheid. Rassismus ist weiterhin ein Problem, Korruption innerhalb der Regierung und die Armut im Land. Die Wirtschaft des Landes wird von zwanzig Prozent der Bevölkerung beherrscht, die meisten davon sind Weiße. Knapp 79 Prozent der Bevölkerung leben dagegen noch immer unter der Armutsgrenze. Dabei hatte Nelson Mandela, der 1994 frei gewählte frühere Präsident des Landes, alles versucht, um diese Trennung zwischen Schwarz und Weiß aufzuheben.

Bis zu seiner Wahl war das Land geprägt von einer Vorherrschaft der weißen Minderheit, die noch aus der Zeit der Kolonialisierung stammte, als die Niederlande und Großbritannien im 17. und 18. Jahrhundert über das Land herrschten. Die Bevölkerung war getrennt in vier vermeintliche „Rassen“: „Weiße“, „Schwarze“, „Asiaten“ und „Coloured“. Die Bürgerrechte der nicht weißen Bevölkerung wurden eingeschränkt, ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und Rechtsprechung wurde ihnen verwehrt. Viele schwarze Kinder wuchsen in Townships auf und sprachen „nur“ ihre jeweilige afrikanische Muttersprache, nicht aber die beiden Amtssprachen Englisch und Afrikaans. Die sollten, festgelegt durch den Bantu Education Act von 1953, erst in der 2. bzw. 4. Klasse als Fremdsprachen eingeführt werden. Das wurde aber nur selten gemacht. Stattdessen wurden viele Abschlussprüfungen nach der 8. Klasse auch in der afrikanischen Muttersprache abgenommen. An den Schulen für weiße Kinder war die Unterrichtssprache dagegen von Beginn an entweder Englisch oder Afrikaans.

Nachdem es 1974 an der Spitze des Bildungsministeriums einen Wechsel gegeben hat, verschärft sich die Situation. Der neue Amtsträger führt die Behörde nach harten Maßstäben. Der Anteil des muttersprachlich basierten Unterrichts wird massiv gekürzt, die Abschlussprüfungen werden auf die 7. Klasse vorgezogen und müssen verpflichtend in Englisch oder Afrikaans abgelegt werden. Das bedeutet für die Kinder und Jugendlichen, die kurz danach ihre Prüfung ablegen, ein uneinholbares Defizit im Lehrplan. Deshalb kommt es ab Februar 1976 zu zahlreichen Protestveranstaltungen.

So auch am 16. Juni 1976. An diesem Tag versammeln sich tausende Schülerinnen und Schüler in Orlando, einem Stadtteil von Soweto. Wie viele es genau sind, lässt sich später nicht mehr nachvollziehen – die Zahlen schwanken zwischen 10 000 und 20 000 jungen Leuten. Sie ziehen von Schule zu Schule, fordern andere auf, ihnen zu folgen. Durch die Straßen halten Protestlieder, viele halten selbst gemalte Schilder hoch, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Alles ist friedlich. Dann eskaliert die Situation plötzlich. Weiße Polizisten werfen ohne Vorwarnung und ohne Grund Tränengasgranaten in die Menge. Die Schülerinnen und Schüler reagieren wütend und schmeißen Steine gegen die Sicherheitskräfte. Sofort beginnen die scharf zu schießen.

Einer der ersten Toten ist Hector Pieteron. Er ist zwölf Jahre alt, erschossen von einem weißen Polizisten. Neben ihm gehen Hectors Schwester und ein älterer Junge, der Hector auffängt und in ein Krankenhaus bringt. Diese Szene wird von dem zufällig anwesenden Fotografen Sam Nzima festgehalten, das Bild geht um die Welt und rüttelt viele Menschen auf. Die Situation eskaliert weiter. Am Nachmittag stecken die aufgebracht Jugendlichen Autoreifen und Busse in Brand, demolieren Verwaltungsämter, Bierhallen und Spirituosengeschäfte. Alkohol ist ihnen verhasst, sie sehen darin das Mittel, mit